

IRAN

Bedauern in Täbris

Ist die Gefahr einer zusätzlichen Anklage gegen die in Iran einsitzenden Reporter der „Bild am Sonntag“ („BamS“) gebannt? Die Journalisten wollten am 10. Oktober in Täbris den Anwalt und den Sohn von Sakine Mohammadi Aschtiani, 43, interviewen, die wegen einer außerehelichen Beziehung zum Tod durch Steinigung verurteilt ist. Da die Deutschen ohne Journalistenvisum eingereist waren, wurden sie verhaftet. Anfang Januar belastete ein unerwarteter Vorwurf das Verfahren. Aschtiani drohte, die Reporter persönlich zu verklagen. In einer bizarren Pressekonferenz behauptete sie, die „BamS“-Leute hätten „Schande über mich und das Land gebracht“.

Nun nahm ihr Sohn Sadschad Ghadersade diese Äußerungen gegenüber Vertrauten zurück. Freunden erklärte er, seine Mutter bedauere ihre Äußerungen: „Wir haben das nicht so gemeint.“ Ghadersade war ebenso wie der Anwalt Hutan Kian verhaftet worden, ist jedoch wieder frei. Kian wird weiterhin festgehalten und angeblich auch gefoltert. Im Fall der Deutschen hegen Vermittler nach inzwischen über hundert Tagen die „begründete Hoffnung“ auf ein nahes Ende der Haft in Täbris. Sie verweisen auf mehrfache Äußerungen von iranischer Seite, die Ermittlungen seien „so gut wie beendet“. Dann könnten die Reporter in die Hauptstadt überstellt werden, wo ihnen der Prozess gemacht werden soll und auch eine Entlassung gegen Kautio möglich wäre. Die Anträge dafür sollen bereits in Teheran vorliegen.

WEISSRUSSLAND

Wüste Drohungen

Ziemlich verlassen muss sich der autoritäre Herrscher Alexander Lukaschenko gefühlt haben, als er am Freitag voriger Woche in Minsk zum vierten Mal seinen Amtseid ablegte: Die EU-Botschafter waren demonstrativ ins nahe litauische Vilnius zu einer Konferenz über Menschenrechte gereist. Noch immer hält die Empörung darüber an, wie brutal Lukaschenko am 19. Dezember, am Tag der Präsidentenwahl, die Opposition niederknüppeln ließ. Nachdem Amerikaner wie Westeuropäer vorige Woche erneut Sanktionen gegen das Regime angekündigt hatten, ging der Staatschef in die Offensive: Ausländische Geheimdienste hätten für den 19. Dezember den Sturz der Verfassungsordnung geplant, der Westen habe die Unruhen inszeniert, allen voran Deutsche und Polen. Er forderte seine Minister auf, „sofort mit schärfsten Gegenmaßnahmen zu reagieren“, sollte die EU sein Land blockieren. Leere Worte dürften das nicht gewesen sein. Schon 2001 hatte Lukaschenko den Deutschen Hans-Georg Wieck, damals Chef der OSZE-Mission, aus dem Land ge-

drängt, weil der „das Terrain für die Nato-Generäle“ vorbereitet habe. Drei Jahre später ließ der Despot im Fernsehen einen Film zeigen, wie Deutsche angeblich sein Volk mit Drogen vergifteten und Homosexualität propagierten. 2006 wurde die polnische Botschaft in Minsk zum „Spionagezentrum“ erklärt und deutschen Parlamentariern wie Journalisten die Einreise verweigert.



Lukaschenko

ISRAEL

U-Boote als Wiedergutmachung

Eine vertrauliche Depesche der EU-Botschaft in Tel Aviv bringt Licht in ein seltsames Geschäft, bei dem Deutschland U-Boote für Israel mitfinanziert. Im Januar 2005 informierte demnach ein Berater des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon die Amerikaner über den Ent-



PETER NEUMANN / PICTURE ALLIANCE / YPS COLLECTION

Deutsches „Dolphin“-U-Boot

wurf eines israelischen „Fünfjahresplanes über Reparationen, Pensionen und Wiedergutmachungen aus der Holocaust-Ära“. Dieser sehe vor, von Berlin die Übernahme von nie anerkannten Zahlungsforderungen an die DDR zu verlangen. Überlegt werde, so der israelische Regierungsvertreter, die Summe von etwa 500 Millionen Dollar „in Form militärischer Güter, möglicherweise von zwei U-Booten“, von Berlin einzufordern. Der Zeitpunkt war geschickt gewählt, Deutschland und Israel feierten 2005 das 40-jährige Bestehen ihrer diplomatischen Beziehungen. Wiedergutmachung habe bei dem Geschäft eine Rolle gespielt, bestätigten Beteiligte dem SPIEGEL. Kanzler Gerhard Schröder genehmigte den U-Boot-Export an einem seiner letzten Amtstage im November 2005. Deutschland liefert nun ab 2012 zwei „Dolphin“-U-Boote mit Brennstoffzellenantrieb für rund eine Milliarde Euro. Berlin zahlt ein Drittel aus dem Bundeshaushalt. Israel soll zwei Drittel zahlen: das eine indirekt, indem Berlin Güter in Israel einkauft, das Geld kann dann nach Deutschland zurückfließen. Direkt kommt Israel für das letzte Drittel der Kosten auf.

WASILY FEDOSENKO / REUTERS